BULLETIN
DER
BUNDESREGIERUNG

Nr. 107-1 vom 3. November 2026

Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier

zur Eröffnung der Jüdischen Akademie
am 2. November 2026 in Frankfurt am Main:

„Das Leben ist kurz und der Augenblick kostbar.“ So schreibt es Franz Rosenzweig gegen Ende des Ersten Weltkrieges in einem offenen Brief an Hermann Cohen, den berühmtesten jüdischen Philosophen seiner Zeit. Rosenzweig ist damals Soldat des Deutschen Kaiserreichs und steht mit Cohen im Dialog. Rosenzweig denkt im Krieg über etwas nach, was für ihn keinen Aufschub duldet: Er beschwört die Notwendigkeit von Bildung, von Wissen, Sprache, Literatur als ein Fundament für das Bestehen und die Selbstvergewisserung einer, wie er es nennt, jüdischen Welt, einer modernen Welt, in der Juden mit ihrem Glauben verbunden bleiben möchten inmitten des mehrheitlich nichtjüdischen Deutschlands. „Zeit ist’s“, lautet die Überschrift über dem Brief, der einige Zeit später veröffentlicht wurde.

Wer in schwierigen Zeiten an die Kraft von Bildung denkt, der glaubt an eine bessere Zukunft. Rosenzweig war mit diesem Vertrauen nicht allein. Aus seinen Gedanken und aus dem Engagement vieler deutscher Jüdinnen und Juden entstand 1920 hier in Frankfurt das erste Jüdische Lehrhaus in Deutschland. Rosenzweig schuf einen reformpädagogisch orientierten Ort, an dem gebildete Juden, deren geistige Heimat weitgehend außerhalb des Judentums lag, wieder mit den religiösen Grundlagen ihrer Tradition, ihres Glaubens vertraut werden konnten. Hier lehrten Martin Buber, Siegfried Kracauer, Erich Fromm und Bertha Pappenheim. Dieser Ort des Wissens und des Dialogs war etwas Hoffnungsstiftendes, etwas Aufregendes und etwas Neues – auch für die Stadt Frankfurt.

Dass wir heute, etwas mehr als 100 Jahre später, zusammenkommen können, um die Jüdische Akademie im Geiste Franz Rosenzweigs zu eröffnen, das erfüllt mich mit

Demut ebenso wie mit Freude und vor allem mit tiefer Dankbarkeit an alle, die diese Akademie möglich gemacht haben. Ganz besonders danke ich Ihnen, lieber Dieter Graumann, der Sie Ihre Vision von einem Ort des Lernens in diesem Geiste damals in Ihrer Zeit als Präsident des Zentralrats der Juden auf den Weg gebracht haben. Und ich danke Ihnen, lieber Josef Schuster. Sie haben sich entgegen vielen äußeren Hindernissen – ich nenne nur die Corona-Pandemie – mit aller Kraft und vor allen Dingen mit nie endender Beharrlichkeit dafür eingesetzt, dass wir heute diese Akademie eröffnen können. Unser Land als Ganzes kann Ihnen dafür dankbar sein! Ich bin es!

Es ist ein unschätzbar wertvoller Beweis von Vertrauen, Zuversicht und Selbstbewusstsein der deutschen jüdischen Gemeinschaft heute – und das inmitten einer wiederum unruhigen, aufgewühlten und auch bedrohlichen Gegenwart. Jüdisches Selbstbewusstsein in dieser Zeit heißt auch jüdische Selbstbehauptung gegen Unwissen und gegen Anfeindungen. Das zu bekräftigen, auch deshalb sind wir heute hier.

Zwischen Rosenzweigs Brief und dem Heute liegt die Shoah. Sechs Millionen Jüdinnen und Juden wurden ermordet – von Deutschen, unter dem Kommando von Deutschen, vor den Augen von Deutschen. Es waren Frankfurter, Berliner, Stuttgarter, Münchner, es waren Wiener, Warschauer, Danziger, Kyjiwer, es waren Minsker, Lemberger, Prager. Es waren Nachbarn, Lehrerinnen, Freunde, Kolleginnen, Kameraden im Feld, Mitschüler, es waren Eltern, Großeltern, Kinder und Geschwister.

Der Plan der Auslöschung, er umfasste zudem auch die jüdische Welt des Lernens, des Wissens, des Glaubens und der Kunst, die hier über Jahrhunderte entstanden war und blühte. 1938, in dem Jahr, an dessen Ende die Synagogen brannten, wurde auch das Frankfurter Lehrhaus geschlossen. Viele, die dort Wissen erworben und vermittelt hatten, wurden entrechtet, vertrieben, ermordet.

Nach der Shoah war es kaum vorstellbar, dass jüdisches Leben in seiner ganzen Vielfalt sich in Deutschland wieder entwickeln würde. Wie zentral Bildung zum jüdischen Kulturverständnis gehörte, wie unverbrüchlich der Glaube an sie auch damals unter den wenigen Überlebenden bewahrt wurde, das zeigten schon die ersten kleinen Wiedergründungen von provisorischen Schulen gleich nach dem Krieg in den Camps, in

denen Displaced Persons ausharrten. Nach und nach wurden Gemeinden gegründet, auch Synagogen, 1966 hier in Frankfurt die erste jüdische Grundschule eröffnet.

Was nach 1945 zunächst die Notwendigkeit der provisorischen Selbstorganisation war, konnte in dem neu geschaffenen demokratischen Staat der Bundesrepublik langsam doch Wurzeln schlagen. Dieses langsam wachsende Vertrauen in ein besseres Morgen ist ein Geschenk und Vermächtnis, das die Überlebenden und ihre Nachkommen unserem Deutschland damals gemacht und übergeben haben. Es ist ein Geschenk, das aus Kraft, Lebensmut und einem Dennoch gemacht ist und für das Deutschland Verantwortung trägt. Es ist das Geschenk der ausgestreckten Hand. Ich bin zutiefst dankbar dafür.

Es ist mir eine große Freude, dass wir heute hier die Jüdische Akademie eröffnen, als erste überregionale außeruniversitäre Einrichtung ihrer Art in der Bundesrepublik. Ein schöneres Zeichen des jüdischen Selbstbewusstseins und des Vertrauens in die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschlands kann ich mir kaum denken!

Die Akademie ist ein Haus für alle, die klüger wieder aus ihm herauskommen wollen, als sie hineingegangen sind. Sie ist ein Haus für Jüdinnen und Juden und für Nichtjuden, die verstehen wollen. Hier wird gelernt und gestritten werden, nachgedacht und zugehört. Es wird um das lebendige, vielfältige Judentum heute gehen, um jüdische Lebenswelten in Philosophie, Kunst und Literatur. Es wird um Israel gehen, um Deutschland und Europa, um religiösen und interreligiösen Dialog. Dieses Haus, das lässt sich jetzt schon sagen, ist eine Bereicherung für das geistige Leben nicht nur Frankfurts, sondern ganz Deutschlands.

Ich wünsche mir diese Akademie als ein Haus des Dialogs, in dem jede Frage Raum findet und jeder Fragende den Antworten des Gegenübers zuhört. Ein Haus, in dem das Wissen dem Urteil vorausgeht. Ein Haus, in dem aus besserer Kenntnis tieferer Respekt entsteht. Möge dieses Haus – ganz im Sinne Franz Rosenzweigs – all seine Besucherinnen und Besucher zum beständigen, lebhaften und direkten Austausch einladen. Nichts braucht unsere Demokratie heute dringender als solche Orte der direkten und interessierten Begegnung, jenseits der Agenturen der täglichen Empörungsbewirtschaftung. Debatten von Angesicht zu Angesicht brauchen wir!

Weil Juden auch nach der dunkelsten Zeit an eine Perspektive in einem freiheitlichen, demokratischen Deutschland geglaubt haben, ist jüdisches Leben heute wieder Alltag in unserem Land. Doch diese Wahrheit auszusprechen – Herr Schuster, Sie haben recht –, ohne die Gefahr zu erwähnen, wäre eine Täuschung; und täuschen dürfen wir uns nicht. Wir müssen den Antisemitismus – den alten wie den neuen, den offenen wie den verbrämten – beim Namen nennen. Das ist der erste Schritt, um die Gefahren zu bekämpfen und zu bannen.

Synagogen und Schulen müssen heute – noch mehr als in vielen Jahrzehnten zuvor – von Sicherheitskräften geschützt werden. Und seit dem terroristischen Überfall der Hamas vom 7. Oktober ist die Zahl der antisemitischen Straf- und Gewalttaten auf einen traurigen Höchststand gestiegen. Wir erleben verbale und tätliche Angriffe auf Jüdinnen und Juden jeden Tag. Wir erleben eine Welle von Antisemitismus in Deutschland und Europa, die von den politischen Rändern rechts und links und vom Islamismus ausgeht und befeuert wird.

Gerade eben haben wir des siebten Jahrestages des Anschlags auf die Synagoge in Halle gedacht. Damals hat eine Tür den Schüssen eines Terroristen standgehalten. Aber wir wissen, im Kampf gegen Hass steht nicht jede Mauer, hält nicht jede Tür. Und nicht immer kommt die Gefahr mit einer Waffe daher. Wir erleben, dass Feinde der Demokratie an politischer Macht gewinnen und dass Minderheiten in der Folge sofort unter Druck geraten. Überlassen wir also die friedliche Verteidigung unserer liberalen Demokratie nicht einigen wenigen, die sich immer wieder couragiert zu Wort melden, die den Beschimpfungen trotzen. Courage und Widerständigkeit sind eine demokratische Pflicht für uns alle!

Und ja, es gibt einen Judenhass, der sich als Kritik oder Protest, als politische Haltung im Nahostkonflikt tarnt. Aber es ist nicht so schwer, die Kritik vom Hass zu unterscheiden. Kritik an der Politik einer Regierung, wenn Freunde Israels ihre Sorge um die fortdauernde katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen zum Ausdruck bringen oder Siedlungsaktivitäten in der Westbank kritisieren, dann ist das Teil einer demokratischen Auseinandersetzung. Wer aber diese Kritik als Vehikel benutzt, um der jüdischen Gemeinschaft in Israel oder gar dem Staat Israel das Existenzrecht abzusprechen und zur Gewalt aufzurufen, der hat die Grenze zum Judenhass überschritten.

Judenhass bleibt Judenhass – egal, von welcher Seite er kommt, egal, welchen Motiven er folgt. Wer in Deutschland die Arbeit von Gedenkstätten angreift, wer einem Schlussstrich das Wort redet, wer Jüdinnen und Juden auf Straßen und Plätzen bedroht, wer Deutschlands herausgehobene Verantwortung für den Schutz jüdischen Lebens infrage stellt, der attackiert immer zugleich auch unsere Republik.

Wem unser Land etwas bedeutet, wer Patriot ist, wer für Freiheit, Gleichheit, Menschenwürde einstehen will, der muss sich an die Seite von Jüdinnen und Juden im Alltag stellen. Nur in dieser täglichen Solidarität können Vertrauen und Sicherheit wieder wachsen. Und das verlangt etwas von uns, von uns allen, auch den nichtjüdischen Deutschen. Wir wissen es ja: Antisemitismus nimmt zu, wo wir ihn dulden, wo wir ihn beschweigen, beschwichtigen, wo wir unwidersprochen lassen, was an verlogenen Rechtfertigungen durch die sozialen Medien verbreitet oder auf den Straßen herausgeschrien wird. Also: Schweigen wir nicht! Beschwichtigen wir nicht! Dulden wir nicht!

Ich habe eine klare Erwartung an alle Parteien: Im Ringen um die Macht darf der Schutz jüdischen Lebens niemals zur politischen Verhandlungsmasse werden. Niemals darf die direkte, glaubwürdige, unzweideutige Abwehr des Antisemitismus infrage stehen. Alle Parteien sind in der Pflicht, in ihrem gesamten Einflussbereich – von der Parteispitze bis zur Parteibasis und bei ihren Anhängern – der Judenfeindschaft entgegenzutreten. Wer auf den Straßen „Tod den Juden“ skandiert und die Auslöschung des jüdischen Staates fordert, darf in keiner Partei Verständnis und Applaus finden. Das muss glasklar bleiben!

Antisemitismus – und mir ist es ganz gleich, ob er von rechts oder links kommt, heimisch oder zugewandert ist –, Antisemitismus muss ohne Hintertür und Vorbehalt in die Schranken gewiesen werden. Er muss politisch bekämpft werden. Und deshalb füge ich hinzu: Wo über Koalitionen verhandelt wird und Regierungen gebildet werden, muss das Bedingung sein. Antisemitismus darf nirgendwo in Deutschland Einfluss auf Regierungsarbeit bekommen.

Was hätte Franz Rosenzweig, was hätte Martin Buber heutzutage geraten – jenseits von Zivilcourage und Anerkennung unserer Verantwortung aus der Geschichte? Wir ahnen es, beide hätten wohl gesagt: Gegen Hass, gegen Antisemitismus und gegen

Demokratieverdruss gibt es nur einige wenige starke Gegengifte, und das sind Bildung, Dialog und Gemeinschaft. Bildung ist die beste Waffe gegen Unwissenheit. Sie hilft, Desinformation, Verschwörungserzählungen und Mythen abzuwehren.

Deshalb: Ich wünsche dieser Akademie von Herzen viele der kostbaren Augenblicke, von denen Franz Rosenzweig schrieb – mit Fragen, die etwas in uns in Bewegung setzen, mit Gesprächen, die länger dauern, als man eigentlich wollte, und mit Besuchern, die immer wiederkommen.

„Zeit ist's!" Masel Tov!

* * * * *